

## **Verabschiedung des Doppelhaushalts 2010/2011, Haushaltsrede, Ratssitzung am 24.11.2010**

Anrede,

um es gleich vorweg zu nehmen:

Die SPD-Fraktion und die Ratskoalition insgesamt werden dem vorliegenden Haushaltsentwurf der Verwaltung mit den von der Koalition eingebrachten Veränderungen geschlossen zustimmen!

Mein Dank gilt dabei den Koalitionären, die allesamt ihre kommunalpolitische Verantwortung sehr ernst nehmen und keine finanzpolitischen Schnellschüsse aus der Hüfte vorgenommen haben. Und mein Dank gilt der Verwaltung und dem Kämmerer Herrn Kindler mit seinem bewährten Team. Innerhalb eines Jahres hat er zwei HH-Entwürfe erarbeitet und vorgelegt.

Und zum ersten Mal in der Geschichte Bad Oeynhausens einen sogenannten „Doppelhaushalt“ für die Jahre 2010 und 2011. Also etwas völlig Neues für unsere Stadt.

Anfangs gab es daher auch erhebliche Zweifel in der Verwaltung, ob dies ein geeignetes Instrument sei. Und natürlich gab es die reflexhafte Kritik der Opposition von CDU und BBO im ebenfalls neuen einvernehmlichen Schulterschluss.

Und in der Tat: Es gibt durchaus auch Risiken im Doppelhaushalt 2010/2011 aufgrund fehlender Kennzahlen vom Kreis und vom Land:

- Der Kreis wird seinen HH voraussichtlich erst im Dezember einbringen und nach eigenen Angaben die Kreisumlage erhöhen zur Finanzierung seiner eigenen Defizite, denn auch der Kreis marschiert in die Haushaltssicherung,
- Wir haben ferner noch keinen Beschluss über den Haushalt des Landschaftsverbands, wir wissen nur über ein Haushaltsdefizit beim Landschaftsverband von 320 Mio. Euro – und das noch immer ein Vorstandsvorsteher gesucht wird – was uns nicht wirklich weiterhilft,
- Und letzten Endes ist der Nachtragshaushalt des Landes NRW mit den darin enthaltenen erhöhten Zuweisungen

an die Stadt Bad Oeynhausen von 660.000 Euro noch nicht beschlossen.

Doch diesen Risiken stehen Vorteile gegenüber, die eindeutig überwiegen:

Vorteil Nr. 1: Einsparungen:

- Durch unseren Ratsbeschluss vom 07.07. wurden Personaleinsparungen in Höhe von 150.000 Euro auf den Weg gebracht
- Insgesamt wurden damit und mit dem heute zu treffenden Beschluss Einsparungen von 500.000 Euro auf den Weg gebracht – übers Jahr gerechnet also Einsparungen in Höhe von 1 Mio. Euro. Doch das kann sich die Ratskoalition nicht allein ans Revers heften, dies hat auch die Verwaltung geschafft, indem der ursprüngliche Haushalt erst im Juni eingebracht wurde. Also unverhoffte Einsparungen als automatischer Nebeneffekt.
- Ferner werden wir heute weitere Einsparungen und Einnahmeerhöhungen von etwa 2 Mio. Euro für das Jahr 2011 auf den Weg bringen.

Vorteil Nr. 2: Erhalt von sozialen, bildungspolitischen und kulturellen Strukturen:

- Wir haben vor annähernd einem Jahr eine Koalition vereinbart, die sich streng am Wählerwillen im Jahr 2009 orientiert. Und dieser Wählerwille findet seinen Niederschlag auch im HH 2010/2011. Er beinhaltet eine genaue Abwägung zwischen den finanzpolitischen Erfordernissen und Vorgaben des Kämmers einerseits und den jugend-, bildungs-, sozial- und kulturpolitischen Notwendigkeiten andererseits.
- Durch die Aufstellung eines Doppelhaushaltes konnte in vielen Bereichen der Stadt Schlimmeres vermieden werden. Es wird uns gelingen, Aufgaben und Strukturen weiter funktionsfähig zu halten. Die beginnende wirtschaftliche Erholung bestätigt uns dabei, richtig gehandelt zu haben, indem wir keine überhasteten Haushaltsbe-

schlüsse getroffen haben. Damit hätte viel Porzellan zer-  
schlagen werden können.

- Eindeutiger Schwerpunkt ist der Kinder- Jugend- und Bildungsbereich. Als Beispiele nenne ich die Sicherung des Schulschwimmens in den Lehrschwimmbecken der Grundschulen und den Ausbau der Plätze für unter Dreijährige.
- Ferner sollen mit der Kommunalaufsicht Gespräche geführt werden, wie nach den Weihnachtsferien im nächsten Jahr wieder das warme Mittagessen an den Schulen gefördert werden könne. Damit wäre nach unserer Auffassung wenigstens eine warme Mahlzeit auch für die Kinder gesichert, die sonst ohne Mittagessen in die Schule kommen.
- Wir haben uns zudem dafür eingesetzt, dass der Deutschförderunterricht an den Grundschulen für Kinder mit Migrationshintergrund fortgeführt wird. Wir haben die Streichung von Fördermitteln für Wanderfahrten und Ausflügen der Schulklassen zurück genommen sowie die Unterstützung von Schulpartnerschaften fortgeführt. Auch die notwendige Sozialarbeiterstelle in der Bernart-Schule bleibt dank unserer Korrektur erhalten.
- Und wir haben uns erfolgreich gegen die sofortige Umstellung der Eigenreinigung auf Fremdreinigung gestemmt. Wir sprechen an dieser Stelle ganz bewusst vom Erhalt von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und wollen hier keine Unterwanderung des Tariftreuegesetzes durch private Subsubunternehmen dulden.
- Wir haben also sehr bewusst deutliche politische Korrekturen zum ursprünglichen Entwurf der Verwaltung aus dem Sommer vorgenommen, um die Lebensqualität in unserer Stadt zu erhalten und um die bildungs- sozial- und kulturpolitische Rodung unsere Stadt zu verhindern, die zwangsläufig bei Umsetzung aller ursprünglichen Vorschläge erfolgt wäre.

Vorteil Nr. 3: Rechtssicherheit:

- Wir haben im Sommer gesagt, ganz bewusst die Entscheidung über den Haushalt 2010 an die Entscheidung über den Haushalt 2011 zu koppeln, um definitiv sicher zu gehen, dass wir uns ab dem vierten Quartal 2010 wieder auf den soliden wie auch geforderten Boden der gesetzlichen Bestimmungen der GO NRW bewegen (§ 80 GO NRW). Denn die zurückliegenden HH-Satzungen der vergangenen 10 Jahre entsprachen nicht den Anforderungen der Gemeindeordnung. Auch hier korrigieren wir Rats- und Verwaltungshandeln der Vergangenheit.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Kurt Nagel sprach unlängst in seiner von ihm formulierten Pressemitteilung davon, die SPD könne „keine Finanzpolitik“. Ich sage dagegen, die SPD und die gesamte Koalition hat sich am intensivsten und verantwortungsbewussten mit der prekären HH-Lage der Stadt Bad Oeynhausen auseinander gesetzt.

Es ist ja beruhigend, in der jüngsten Vergangenheit in den Zeitungen lesen zu dürfen, dass die CDU zumindest verbal endlich dort angekommen ist, wo sie schon seit der letzten Kommunalwahl steht – nämlich in der Opposition. Aber es fehlen ihnen die Kraft und der Mut, einen gerechten Ausgleich zu gestalten.

Dies zeigt uns ihre Veränderungsliste zum HH-Entwurf. Sie bedienen sich weiterhin der Rhetorik vergangener Jahre. Sie tragen nichts dazu bei, Lebensqualitäten unserer Stadt zu erhalten – außer es geht um Radwege in Eidinghausen. Sie bleiben Fahnenträger für die Interessen der Wirtschaft, ohne dabei die Interessen der sozial Schwachen oder der Kulturschaffenden dieser Stadt ausreichend zu berücksichtigen. Sie wollen die Elternbeiträge für die Offene Ganztagsgrundschule erhöhen. Und sie sprechen sich für eine schnelle Privatisierung des Reinigungsdienstes aus. Weiterführung der Schulsozialarbeit in der Förderschule? Doch nicht mit der CDU. Versuchen, in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht die Förderung des warmen Mittagessens in den Schulen weiter zu führen. Ebenfalls nicht mit der CDU. Nach Aussagen aus den Schulen bleiben viele bedürftige Schülerinnen und Schüler ohne Mahlzeit. Was tun sie dagegen, Herr Nagel?

Anrede,

warum ist es so wichtig, sich intensiv und nicht im Hauruckverfahren mit den Haushaltszahlen auseinanderzusetzen?

Als Fraktionsvorsitzender habe ich noch nie so viele besorgte Anfragen, Anregungen und Bitten besorgter Bürger, Vereine und Verbände erhalten wie in diesem Jahr. Es sind mehr als in all den Jahren zusammengerechnet davor.

Warum? Weil auch die Bürger dieser Stadt wissen und ahnen, wie prekär unsere Haushaltslage ist und sich darum sorgen, dass leichtfertig Strukturen kaputt gespart werden, die nur mühselig, teurer oder gar nicht mehr wieder aufgebaut werden können.

Sie haben gelesen, dass die ursprünglichen Sparvorschläge ins Eingemachte gingen. Sie haben gespürt, dass es noch so ernst war. Und mit diesen Sorgen geht man nicht einfach und schon gar nicht schnell und leichtfertig um.

Mit dem nun vorgelegten Doppelhaushalt und mit unserer Veränderungsliste sind wir an die Grenze dessen gegangen, was wir politisch vertreten können.

Was konkret bringen wir heute an Veränderungsvorschlägen ein? Es sind, vorweg genommen, nicht viele, denn unserer Beschlüsse sind ja bereits im Doppelhaushalt aufgrund des Ratsbeschlusses vom Juli berücksichtigt worden. Allerdings hat es einige Entwicklungen in den letzten 6 Monaten gegeben, die zu Veränderungen führen:

#### Veränderungen:

- Im vorliegenden Entwurf gibt es eine wichtige Korrektur seitens der Koalition, die die Eltern von Kindergarten- und Tageskindern freuen wird: Die vorgesehene Erhöhung der Elternbeiträge um zehn Prozent im nächsten Jahr wird zurück genommen. Möglich wird dies durch Überlegungen auf Landesebene. Das Land möchte im nächsten Jahr das dritte Kindergartenjahr gebührenfrei stellen und prüft zurzeit, ob wieder landeseinheitliche Gebühren eingeführt werden, um einen Kindertourismus zu unterbinden. Vor diesem Hintergrund macht eine einseitige Gebührenerhöhung unserer Stadt im

nächsten Jahr keinen Sinn. Eine entsprechende Empfehlung des JHA liegt ebenfalls vor.

- Die Zustimmung unserer Fraktion zur Erhöhung der Steuerhebesätze ist für uns eng gekoppelt an die Selbstverpflichtung des Rates und der Verwaltung an eine weitergehende Aufgabenkritik. Deshalb stimmen wir dem Verwaltungsvorschlag zur Erhöhung der Hebesätze nicht zu. Die Konjunktur erholt sich wieder – schneller als gedacht. Der Kämmerer hat seine Gewerbesteuerereinnahme aufgrund der Maisteuerschätzung bereits um 2 Mio. Euro nach oben korrigiert. Und die Novemberschätzung geht für NRW von weiteren 1,1, Mrd. Euro aus, also mindesten noch 1 Mio. Euro zusätzlich für Bad Oeynhausien. Daher werden wir die Hebesätze nur um 50 % dessen erhöhen, was die Verwaltung vorgeschlagen hat. Dies deshalb, um die wirtschaftliche Erholung nicht unnötig zu bremsen und Kaufkraft im Portemonnaie der Bürger zu halten. Und dies geschieht in der begründeten Hoffnung, dass die Kommunalaufsicht eine nur 50-prozentige Erhöhung mit Zähneknirschen duldet und hiergegen weniger rigide vorgeht. Immerhin zeigt uns die Landesregierung als allerhöchste Kommunalaufsicht, dass neben dem notwendigen Konsolidieren auch Investitionen in die Zukunft möglich sein müssen. Und was für das Land NRW gilt, sollte doch im gleichen Maßstab für die Kommunen in NRW gelten.
- Mit der Entscheidung für eine Hebesatzerhöhung - obgleich nicht in dem vorgeschlagenen Umfang - unterscheiden wir uns deutlich von der Opposition aus CDU und BBO, die sich im Gleichschritt in die Büsche schlagen. Dabei aber ihre Verantwortung gegenüber den Gesamtinteressen der Stadt vergessen. Sie verstecken sich hinter der Kommunalaufsicht, nur um hinterher zu sagen, wir wollten es ja nicht, aber die KA hat uns ja gezwungen. Dies ist unverantwortlich von ihnen. Hier handeln CDU und BBO überaus unehrlich.
- Und wir verbinden dies mit der klaren Selbstverpflichtung von Rat und Politik, im nächsten Jahr durch die Bearbeitung der immer noch offenen Prüfaufträge ergänzende Maßnahmen mit einem Konsolidierungsbeitrag von mindestens 309.000 € vorzustellen (dies entspricht dem Fehlbetrag durch Anhebung der Steuerhebesätze um

nur 50 Prozent des Verwaltungsvorschlags jeweils in den Jahren 2011/2012/2013). Besser noch mehr. Es kann nicht sein, dass nur Gebühren und Steuern erhöht werden, aber gleichzeitig das Sparpotenzial der Stadt nicht ausgeschöpft wird.

- Konsolidierung auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite im ausgewogenen Verhältnis – das muss unser Ziel sein. Und das wird heute für das kommende Jahr beschlossen. Auf der Ausgabenseite sparen wir Millionenbeträge ein. Dem stehen 310.000 Euro an Steuererhöhung vorwiegend für Gewerbetreibende gegenüber. Das hat nichts mit Ungerechtigkeiten zu tun. Das müssen wir machen, wenn es uns nicht so wie Minden und Porta Westfalica ergehen soll. Hierüber haben wir mit der IHK und den Wirtschaftsvertretern gesprochen. Übrigens – die von uns vorgesehene Erhöhung der Gewerbesteuer bedeutet für ein Unternehmen eine Mehrbelastung von gerade 190 Euro bei einem zu versteuernden Gewinn von 100.000 Euro ... das ist der Beitrag der Wirtschaft zur Konsolidierung.

Doch – um unseren Torwarttrainer Sepp Herberger einmal zu strapazieren – „nach der Haushaltsdebatte ist vor der Haushaltsdebatte“. Dies gilt umso mehr für uns in Bad Oeynhausen. Den Hausaufgabenstapel fürs nächste Jahr übernehmen nicht unsere Landes- und Bundespolitiker. Wobei beim Land mittlerweile eine deutliche Kurskorrektur zu verzeichnen ist.

Wir müssen Missstände beseitigen. Kommunalpolitische Baustellen bleiben die Stadtwerke, die städtebauliche Entwicklung und die Sportstättenentwicklungsplanung. Gerade in der internen Zusammenarbeit zwischen den Stadtwerken und der Stadt gibt es enorme Defizite aufzuarbeiten.

Das wichtigste Thema für die nächsten drei Jahre ist nach unserer Auffassung das Auslaufen der Konzessionsverträge für Strom und Gas. Sollte hier eine kommunale beziehungsweise regionale Lösung wie im Münsterland gefunden werden, begrüße ich das. Bei allen Überlegungen müssen aber Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Arbeitsplätze, Umweltschutz und Bürgerfreundlichkeit bedacht werden. Im städtebaulichen Bereich sehe ich einen Fokus aller Anstrengungen auf der In-

nenstadtentwicklung, dem Hockeyplatz sowie der Überarbeitung der Generalverkehrsplanung im Zuge der Fertigstellung der A30-Nordumgehung.

### Grundsätzlich gilt:

Was uns allen fehlt, ist die Perspektive, wieder aus der Haushaltssicherung und dem Nothaushalt herauszukommen. Es ist einfach, hinein zu schliddern. Doch es ist schwer, wieder die schwarze Null zu schaffen als Voraussetzung zum Ausstieg aus der Haushaltssicherung.

Dass es anders geht, zeigt das vorläufige Jahresergebnis 2008, das mit einem Überschuss von 10 Mio. Euro abschließt. Aber dies funktioniert nur bei vernünftigen Rahmenbedingungen, die wir seitdem nicht mehr vorfinden.

Da hilft dann auch überhaupt nicht das Standardrepertoire der BBO-Fraktion nach dem Motto, wir müssen erst mal alles abarbeiten, was uns der Bericht der Gemeindeprüfanstalt empfiehlt. Ich möchte uns nur mal daran erinnern, dass diesem Bericht ein Prüfzeitraum der Jahre 2003 bis 2006 zugrunde liegt. Das meiste, was dort empfohlen wurde, ist im Zeitraum danach auch umgesetzt worden. Alle wesentlichen Empfehlungen waren Punkte der Arbeitsgruppe HH-Konsolidierung. In einigen Bereichen wie der VHS sind wir sogar „Gruppensieger im Konsolidieren“ gewesen, wie es so unschön formuliert wurde. Der GPA-Bericht ist verstaubt und antiquiert und taugt nicht mehr die Bohne als seriöse Beratungsgrundlage. Wenn ich mir ein Altersvorsorgemodell aussuche, dann gewiss nicht auf Empfehlungsgrundlage eines 7 Jahre alten Datenfriedhofs.

Doch mit der „Seriosität als Lebenspartnerin“ ist die BBO-Fraktion eh noch nie ins Bett gegangen. Ich erinnere nur an die hehren Anklagen aus der letzten FA-Sitzung, „die Koalition hätte noch keine Beratungsgrundlage präsentiert“. Wie war es denn im Sommer dieses Jahres: da war es gerade die BBO-Fraktion im FA, die noch auf die kommende Klausur verwies und nur Allgemeinplätze vortrug. Und jetzt? Bis zu den Fraktionsberatungen vergangenen Montag sollte uns ihre Veränderungsliste erreicht haben. Unsere ist wie versprochen Montagvormittag an die Verwaltung gegangen zur Weiterleitung an die

anderen Fraktionen. Die der CDU habe ich auch rechtzeitig erhalten. Ihre ist erst heute vorgelegt worden. Also bitte nicht nur bei Presseanwesenheit große Sprüche klopfen und hinterher – wenn keiner mehr zuschaut – kleine Brötchen backen.

Die Koalition zeigt mit dem Doppelhaushalt, dass es ihr ernst ist mit ihren Konsolidierungsbemühungen. Darum werden wir heute den ersten Doppelhaushalt in der Geschichte unserer Stadt beschließen. Fürs nächste Jahr erwarten wir weitere Konsolidierungspotentiale beispielsweise durch

- die Einführung eines zentralen einheitlichen Parkraumbewirtschaftungskonzeptes und
- die Übertragung der Straßenbeleuchtung an die SBO.

Wir beweisen mit unserem Beschluss, dass wir Verantwortung übernommen haben. Gegen die anfänglichen Zweifel in der Verwaltung und gegen den Widerstand der Opposition, aber: im Interesse der Bürger dieser Stadt, zur Wahrung der öffentlichen Daseinsvorsorge und zum Erhalt wichtiger Strukturen im Sozialbereich, im Bildungsbereich und im Kulturbereich.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Olaf Winkelmann, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bad Oeynhausen